

# Offene Worte

Online Nr. 256

Zeitung der LINKEN für den Barnim 24. Sept. 2023, 33. Jahrg.

## Respekt zeigen durch höheren Mindestlohn

DIE LINKE im Landtag: 14 Euro je Stunde nötig, um „über die Runden zu kommen“  
Fraktionschef Sebastian Walter: „Wir werden nicht locker lassen!“

**Wie können in Brandenburg höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen erreicht werden? Dieses Thema setzte DIE LINKE auf die Tagesordnung des Landtages am 21. September.**

Ich möchte Sie mitnehmen in das Leben von Uwe. Er kam vor ein paar Wochen in meine Bürgersprechstunde, ist 52 Jahre alt. Uwe hat eine Frau und zwei Kinder, arbeitet als Paketzusteller in Eberswalde.

Uwes Tag beginnt jeden Morgen um 5 Uhr in der Früh. Um 7 Uhr nämlich muss er schon in der Zustellbasis sein. Dort belädt er seinen Transporter mit den bereitgestellten Paketen. 200 Pakete muss er an einem ganz normalen Tag im Schnitt ausliefern. Das heißt: 200 Mal ausladen. 200 Mal klingeln. 200 Mal Treppe hoch. Treppe runter. An einem einzigen Tag trägt Uwe damit im Schnitt 1.000 Kilo Gewicht weg. Eine Tonne. Bei jedem Wetter. Nur 2 Minuten Zeit hat er pro Paket. Wenn er länger braucht, weil Parkmöglichkeiten fehlen, weil sich mal wieder irgendjemand beschwert, dann muss er Überstunden schieben, so dass ein Arbeitstag von Uwe gerne mal 10 Stunden hat.

Er macht diesen Job – so wie die allermeisten Paketboten – zum Mindestlohn. 1 Tonne Gewicht am Tag, Treppe hoch. Treppe runter. Für weniger als 1.400 Euro netto im Monat. Davon müssen Strom, Internet, Heizung, Versicherungen bezahlt werden. Und ein Auto, um überhaupt zur Arbeit zu kommen.

Was bleibt da noch für einen Kinobesuch, ein Ligaspiel, mal Essen gehen, einen Ausflug mit der Familie? Ich frage das auch vor dem Hintergrund, dass die Landtagsabgeordneten ihre eigenen Diäten erhöht haben (was DIE LINKE aussetzen wollte – und die Differenz ohnehin bereits spendet).

Uwe ist kein Einzelfall. Jeder dritte Brandenburger arbeitet aktu-

ell zum Mindestlohn von 12 Euro die Stunde. In Teltow-Fläming zum Beispiel liegt die Quote sogar bei über 40 Prozent. Und: Der Mindestlohn von 12 Euro reicht nicht aus, um im Alter eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveau zu erhalten. Wer es schafft, 45 Jahre Vollzeit zu arbeiten, muss mindestens 16,62 Euro pro Stunde verdienen, um überhaupt eine Rente von 1.200 Euro zu erreichen.

Ja, Brandenburg ist die wirtschaftlich dynamischste Region Deutschlands. Das Wirtschaftswachstum lag bei 3,3 Prozent. Aber die Reallöhne sind sogar um 3,3 Prozent gesunken im Vergleich zu 2022. Und immer noch wird im Osten wesentlich weniger als im Westen verdient.

Da hilft nur klare Politik! Löhne und Renten können an die Inflation gekoppelt werden, das zeigt Belgien seit 1920. Der Mindestlohn muss auf 14 Euro angehoben und Tariftreue eingefordert werden.

Brandenburger wie Uwe tun dafür, was sie können. Sie arbeiten, auch wenn ihnen schon längst der Rücken schmerzt. Aber: Es reicht nicht mehr nur um den Wert von Arbeit. Sondern es geht um die Würde und den Respekt für arbeitende Menschen in Brandenburg. Was hat es mit Würde zu tun, wenn dann gerade mal 41 Cent mehr Mindestlohn versprochen wird? Was hat es mit Respekt zu tun, wenn Menschen immer mehr arbeiten müssen, einen Zweit- oder Drittjob haben, um sich so große Träume wie einen Urlaub zu finanzieren?

Genau hierfür hat DIE LINKE erneut Vorschläge gemacht: Der Landtag soll sich für eine Erhöhung des Mindestlohns auf 14 Euro bundesweit aussprechen. Zugleich könnte der Vergabemindestlohn in Brandenburg, der während der Re-

gierungszeit der LINKEN eingeführt wurde, ebenfalls auf 14 Euro angehoben werden. Er bedeutet, dass öffentliche Aufträge nur erhält, wer solche Löhne zahlt. Außerdem will DIE LINKE verbesserte Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte. Alles wurde aber vom Landtag am 21. September abgelehnt.

Aber DIE LINKE wird solche Vorschläge wieder und wieder ma-

chen. Bis sie der Regierung aus den Ohren rauskommt. Denn Politik hat die Aufgabe, das tägliche Leben der Menschen besser zu machen.

Für die vielen Uwes da draußen, die zum Mindestlohn buckeln, die jeden Morgen aufstehen, die fleißig sind und die dieses Land am Laufen halten. Das ist unser Job: Weil sie es verdient haben.

Sebastian Walter

### Schließungsmoratorium für Kliniken! Sie gehören in öffentliche Hand.



Am 21. September hat der Bundestag über die geplante große Krankenhausreform beraten, flankiert von Demonstrationen für den Erhalt von Krankenhäusern. Für DIE LINKE sagte der Bundestagsabgeordnete Ates Güpınar: Klinikschließungen sind an der Tagesordnung, nahezu alle Kliniken schreiben rote Zahlen. Er warnte vor einer kurzsichtigen Krankenhauspolitik. Fraktionschef der LINKEN Dietmar Bartsch betonte zum Krankenhaustransparenzgesetz: „Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach will Hand in Hand mit Krankenhauskonzernen 20 Prozent der Krankenhäuser plattmachen. Seine ‚Krankenhausreform‘ versetzt dem ausgezeichneten deutschen Gesundheitssystem einen weiteren schweren Schlag. Seit 1991 sind in Deutschland 524 Krankenhäuser geschlossen und 181.959 Krankenhausbetten abgebaut worden. Das ist auch ein Ergebnis falscher Gesundheitspolitik, die auf Marktlogik und Privatisierung setzt. Wir brauchen ein Schließungsmoratorium für Kliniken. Sie gehören in öffentliche Hand.“ Quellen: Instagram, www.bundestag.de

**Herausgeber:** Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Dominik Rabe.

**Kontakt:** DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: [offeneworte@dielinke-barnim.de](mailto:offeneworte@dielinke-barnim.de)

**Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten):** DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

nächste OW am  
27. September